

MEDIENMITTEILUNG

Ausblick auf die Aprilsession des Grossen Rates

Unhaltbare Forderung der SP

Die SP verlangt im Rahmen der Revision des Ruhetagegesetzes einen weiteren bezahlten Ferientag. Der 1. Mai soll den übrigen Feiertagen gleichgestellt werden.

Die Forderung der SP ist absurd. Offensichtlich bekommen ihre Vertreter im Grossen Rat nicht mit, dass derzeit viele Unternehmen unter äusserst schwierigen Verhältnissen um die Erhaltung von Arbeitsplätzen kämpfen. Mit ihrer Forderung kann die SP ihre Inkompetenz in Wirtschaftsfragen nicht deutlicher unter Beweis stellen. Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat wird der Linken eine deutliche Antwort geben. Mit der Teilrevision des Ruhetagegesetzes soll nämlich kein Ausbau der sozialen Verpflichtungen erfolgen sondern den veränderten gesellschaftlichen Trends Rechnung getragen werden. Veranstaltungen mit Sport, Kultur oder Unterhaltung sollen auch an öffentlichen Ruhetagen durchgeführt werden können. An hohen Feiertagen werden Veranstaltungen der Bewilligungspflicht unterstellt. Mit dieser vernünftigen Regelung wird der Gemeindeautonomie und den Bedürfnissen des Tourismus Rechnung tragen. Für unnötige und auch von den Arbeitnehmern nicht geforderte Extraleistungen der Arbeitgeber bleibt in einer Zeit, in welcher es gilt, mit vereinten Kräften den widerwärtigen wirtschaftlichen Begebenheiten die Stirne zu bieten, kein Platz.

Chur, 1. April 2015

Auskunftspersonen:

Jürg Michel, Direktor Bündner Gewerbeverband

Dr. Marco Ettisberger, Sekretär HK und Arbeitgeberverband Graubünden

Dr. Jürg Domenig, Geschäftsführer hotelleriesuisse Graubünden

081/257 03 23

081/254 38 00

081/252 32 82